■ DIETER BINGEN

Die Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts im Spiegel der polnischen Publizistik 1966-1974

Vorbemerkung zur Rolle der Printmedien in der Volksrepublik Polen

Die Auswertung und Bewertung der journalistischen und wissenschaftlichen Beiträge in den polnischen Medien muß davon ausgehen, daß die Journalisten und Wissenschaftler innerhalb der Zwänge der Medienkontrolle Residuen des Rollenverständnisses des Journalismus und der Freiheit der Wissenschaft erhalten hatten. Und einzelne Wissenschaftler und Journalisten waren sich bewußt, daß sie Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben konnten, wenn sie ihr aufgezwungenes Selbstverständnis als Transmissionsriemen der herrschenden Parteilinie durch Überlistung des Zensurapparates oder durch Analysen „für den inneren Gebrauch" (do użytku wewnętrznego) überwinden konnten. Gerade die Perfektion des Zensurapparates war auch Beweis für partielles Autonomiebewußtsein.

Für die Auswertung der unterschiedlichen Printmedien als Informationsquellen für die Geschichte der Volksrepublik Polen ist es unerläßlich, die genau festgelegten Rollen der einzelnen Organe zu identifizieren, so wie sie von der Exekutive der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) vorgeschrieben wurden, oder die Rollen, die sie praktisch übernahmen. Man muß wissen, welche Leserkreise die Partei mit ihren Erzeugnissen ansprechen wollte, welche Themen einzelne Produkte deshalb ansprachen und wie demgemäß das Niveau und die Dosierung von Ideologie bestimmt wurde.[1]

Willy Brandt und die Ostpolitik

Wenn auch die „neue Ostpolitik" der Regierung der Großen Koalition in der polnischen Publizistik der Zeit insgesamt negativ beurteilt wurde, bleibt es doch bemerkenswert, wie differenzierend im Nachhinein Anfang der siebziger Jahre in der polni-

1 *Siehe Beiträge in: E. Mühle (Hg.): Vom Instrument der Partei zur „Vierten Gewalt". Die ostmitteleuropäische Presse als zeithistorische Quelle, Marburg 1997.*

schen Politikwissenschaft die Wandlungen konstatiert wurden, die sich in den Jahren 1966-1969 in der Ostpolitik der Regierung Kiesinger-Brandt ankündigten. Insbesondere wurde ein ungewohntes regierungsamtliches Interesse an Polen registriert.[2]

Der sozialdemokratische Partner war es, der in der Regierung der Großen Koalition als Initiator und Motor neuer Schritte gegenüber Polen galt und sich gegen die Widerstände der CDU/CSU zur Wehr setzen mußte.

Als erster Erfolg der „neuen Ostpolitik" Willy Brandts konnte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien gelten. Auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg sprach sich Willy Brandt in seiner in Polen nach 1969 oft zitierten Rede am 18. März 1968 erstmals für eine „Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung" aus. In der vom Parteitag verabschiedeten Resolution sei hinsichtlich des Themas Oder-Neiße-Grenze nicht von einer „Linie" an Oder und Neiße, sondern von der „Westgrenze Polens" die Rede gewesen. Damit ging der Parteitag noch über die Festlegung Brandts hinaus.[3]

Die Kluft zwischen den Koalitionsparteien in der Deutschland- und Ostpolitik wurde zusehends größer, auch wenn Brandt seine Bemerkungen zur Grenzfrage im Nachhinein abschwächte. Die Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner stieß in Polen auf Mißtrauen.

Partei, Regierung und die parteigesteuerten Medien registrierten seit Anfang 1969 die neuen ostpolitischen Akzente in der Bundesrepublik Deutschland sehr genau und glaubten, gewisse positive Entwicklungen feststellen zu können. Andererseits blieb man skeptisch und zweifelte an der Ernsthaftigkeit neuer Ideen in den relevanten politischen Gruppierungen. Ein besonderes Augenmerk richtete man Anfang 1969 auf die oppositionellen Liberalen und die SPD, von denen am ehesten eine innovative Ost- und Deutschlandpolitik erwartet werden konnte. Aber zu den Möglichkeiten und Grenzen einer Korrektur bundesrepublikanischer Ostpolitik gab es in Polen noch kein abgeschlossenes Bild. Im Herbst des Jahres 1969 standen Bundestagswahlen an, und es war noch völlig unsicher, ob der Kanzlerkandidat der SPD, der Außenminister der Großen Koalition, Willy Brandt, würde reüssieren können. Im Januar des Jahres 1969 schrieb Ryszard Wojna, damals Chefredakteur der als Regierungszeitung geltenden „Życie Warszawy", in einem Kommentar noch einen Abgesang auf Willy Brandt: „die tragische Gestalt, verurteilt zur Niederlage".[4]

2 *Ausführlich hierzu J. Sułek: Polityka wschodnia rządu „wielkiej koalicji" 1966-1969, Warszawa 1972, S. 97.*

3 *Zit. nach W. Brandt: Der Wille zum Frieden. Perspektiven der Politik. Vorwort von G. Mann, 2. Aufl., Hamburg 1972, S. 171.; vgl. auch M. Cygański: SPD w Republice Federalnej Niemiec, 1949-1974, in: Przegląd Zachodni (1975) 3, S. 1-53, hier S. 37.*

4 *R. Wojna: Portret bez werniksu, in: Życie Warszawy, 26.-27. Januar 1969.*

Am 5. März 1969 konnte man in Polen klarer sehen: Auf der Tagung der Bundesversammlung in Berlin wurde der Kandidat der Sozialdemokraten, Bundesjustizminister Gustav Heinemann, mit den Stimmen der Delegierten von SPD und FDP zum neuen Bundespräsidenten gewählt.

Während des folgenden deutschen Wahlkampfsommers 1969 ging die innerpolnische Diskussion über die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und ihre Position in Europa weiter. Äußerst aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Gespräch unter polnischen Journalisten und Wissenschaftlern, das im Juni 1969 unter dem Thema „Die DBR in der europäischen Politik" veröffentlicht wurde.[5] Diese Diskussion reflektierte die Befürchtung, daß die Bundesrepublik ihre „hegemonistischen Ziele" in West- und Osteuropa auch unter dem Schild der „Entspannung" weiter verfolgen werde und die Unterschiede zwischen den politischen Parteien nur taktischer und mittelfristiger Natur seien. In dieser Sicht paßte sich Willy Brandt beispielsweise viel elastischer und erfolgreicher den Entspannungstendenzen an als Franz Josef Strauß. Dies ändere aber nichts an den langfristigen Zielen westdeutscher Politik. Mit diesem Interpretationsrahmen zeichneten die Diskussionsteilnehmer bereits den Weg für die Bewertung bundesdeutscher Außen- und Ostpolitik in den siebziger Jahren!

Das Ergebnis der Wahlen zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969 ermöglichte die Bildung einer SPD/FDP-Regierung unter Willy Brandt als Bundeskanzler. In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 kündigte der erste sozialdemokratische Bundeskanzler an:

„Unser Land braucht die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten. Aber auf diesem Hintergrund sage ich mit starker Betonung, daß das deutsche Volk den Frieden braucht – den Frieden im vollen Sinne dieses Wortes – auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens. Zu einem ehrlichen Versuch der Verständigung sind wir bereit, damit die Folgen des Unheils überwunden werden können, das eine verbrecherische Clique über Europa gebracht hat. [...] Sie (die Bundesregierung – D. B.) wird der Regierung der Volksrepublik Polen einen Vorschlag zur Aufnahme von Gesprächen zugehen lassen, mit dem sie die Ausführungen Władysław Gomułkas

5 *NRF w polityce europejskiej, in: Kierunki, 1. Juni 1969, S. 6f. Teilnehmer der Diskussion waren Zbigniew Lesiewski (Kierunki), Ryszard Markiewicz (Sprawy Międzynarodowe), Ryszard Wojna (Życie Warszawy), Zbigniew Czajkowski (Życie y Myśl), Daniel Luliński (Trybuna Ludu) und Janusz Stefanowicz (Słowo Powszechne). Die Abkürzung DBR steht für Deutsche Bundesrepublik.*

vom 17. Mai dieses Jahres beantwortet".[6]

Die ersten polnischen Kommentare zu der Polen-Passage in der Regierungserklärung der Regierung Brandt-Scheel gaben sich freundlich abwartend. Es gab viele „wenn" und „aber" wegen vermeintlicher Inkonsequenzen in den ostpolitischen Aussagen des Bundeskanzlers, aber insgesamt war der Eindruck vorherrschend: Es hat sich etwas geändert.[7]

Die Ursprünge der sich ankündigenden neuen Schritte in der Deutschland- und Ostpolitik verortete die polnische Publizistik in den Konzeptionen, die Willy Brandt bzw. Egon Bahr bereits 1963 in der Evangelischen Akademie in Tutzing unter dem Motto „Wandel durch Annäherung" formuliert hatten. Mit dieser Strategie hätten – so die polnischen Kommentatoren – Brandt und Bahr die dritte Phase der bundesdeutschen Außenpolitik nach der ersten Phase mit der Konzeption „Entspannung durch Wiedervereinigung" und der zweiten Phase mit der Konzeption „Wiedervereinigung und Entspannung" vorgedacht.

Die Betonung des eigenen Standpunkts in der Deutschland- und Grenzfrage wurde seit Mitte Dezember 1969 in Polen begleitet von Beschwerden über „antipolnische Kampagnen" in der Bundesrepublik, die vor allem von den Zeitungen des Axel-Springer-Verlags, der CDU/CSU und vom „Bayernkurier" ausgingen. Gleichzeitig machte sich eine gewisse Enttäuschung über die vermeintlich defensive Haltung der Bundesregierung gegenüber ihren Gegnern sowie über die inneren Widersprüche und Unklarheiten in den Aussagen des sozial-liberalen Kabinetts zur polnischen Westgrenze breit.[8]

Nach Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen über eine Normalisierung des bilateralen Verhältnisses wurden die polnischen Verhandlungspartner, die an einem raschen Abschluß der Verhandlungen interessiert waren, rasch ungeduldig. Die Unzufriedenheit mit der deutschen Verhandlungsführung, der beobachteten Vielstimmigkeit und Inkonsequenz der Ostpolitik veranlaßte die polnischen Massenmedien vor der dritten Gesprächsrunde im April 1970 zu unfreundlichen Kommentaren. Auf die wachsende Akzeptanz der bundesdeutschen Ostpolitik durch Washington eingehend, behauptete E. Stanek im zentralen Parteiorgan „Trybuna Ludu", daß sich durch sie das Wesen der Beziehungen Westdeutschlands zu den europäischen sozialistischen Ländern bisher nicht geändert habe. Die Politik Willy Brandts sei eine „Politik der Worte und des Anscheins", die sich der US-Strategie unterordne.[9] Ryszard Wojna meinte in einem Kommentar nach der Rückkehr des Bundeskanzlers von seinem USA-Besuch Mitte April, mit der Zustimmung zu der amerikanischen These von der Verbindung der Ost-West-Détente mit der Deutschen Frage habe Brandt die Beschränkung der Manövrierfähigkeit der Ostpolitik akzeptiert. Wojna lancierte wachsende polnische Skepsis gegenüber einem raschen Erfolg der Gespräche Bonn-Warschau.[10] Im Vergleich zu der in der polnischen Hauptstadt allgemein beobachtbaren Ungeduld zeichnete sich der langjährige Bonner Korrespondent der „Trybuna Ludu", Stanisław Albinowski, durch eine eher verständnisvolle Einschätzung der schwierigen innenpolitischen Situation der Bundesregierung aus, betonte aber ebenfalls die Notwendigkeit einer Grenzanerkennung „ohne irgendwelche Winkelzüge".[11]

Am 7. Dezember 1970 unterzeichneten in Warschau Ministerpräsident Cyrankiewicz und Außenminister Jędrychowski für die polnische Seite, Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel für die deutsche Seite den „Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen". Der Bundeskanzler wurde mit Sympathie und persönlicher Hochachtung vor seiner antinazistischen Vergangenheit und seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Polen empfangen.[12] Der Politikwissenschaftler Jerzy Skibiński hob die Brandt'schen Gesten besonders hervor: „Sehr ausdrucksvoll waren die Gesten der Huldigung, die der Kanzler am Denkmal des Unbekannten Soldaten sowie am Denkmal der Ghettohelden beisteuerte."[13] Und Słowo Powszechne vom 8. Dezember 1970 schrieb pathetisch:

> „Der Mut Polens zu Kriegszeiten und der Mut Polens von heute [...] trafen sich gestern mit dem Mut des früheren norwegischen Majors, der nicht an den Mythos des tausendjährigen Reiches glaubte, und mit dem Mut des Bundeskanzlers, der früher als die Mehrheit seiner Landsleute und mit großer Reife die Unabänderlichkeit des Urteils der Geschichte und, mehr noch, seine Gerechtigkeit im Lichte des den Polen von den Deutschen zugefügten Leids erkannt hatte. Daß er diesen Mut braucht, zeigen nicht nur die zynischen Manöver der Opposition, nicht nur das

6 *Wortlaut der Regierungserklärung in: Auftakt zur Ära Brandt. Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969. Hg. von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin 1999, S. 67ff., hier S. 95f.*

7 *Für viele hier J. Stefanowicz, in: Słowo Powszechne, 29. Oktober 1969, und R. Wojna, in: Życie Warszawy, 30. Oktober 1969.*

8 *Vgl. Radio Warschau, 17. Dezember 1969; Trybuna Ludu, 18. Dezember 1969; J. Zadora, in: Radio Warschau, 19. Dezember 1969; Słowo Powszechne, 20. Dezember 1969; PAP, 30. Dezember 1969; St. Albinowski, in: Trybuna Ludu, 11. Januar 1970; R. Wojna, in: Życie Warszawy, 31. Januar 1970; R. Drecki, in: PAP, 13. Januar 1970.*

9 *E. Stanek, in: Trybuna Ludu, 15. April 1970.*

10 *R. Wojna, in: Życie Warszawy, 15. April 1970.*

11 *St. Albinowski, in: Trybuna Ludu, 12. April 1970.*

12 *M. F. Rakowski: Co poczuwa Pan w tej chwili?, in: Polityka (1970) 50, zit. nach ders.: Spełnione i niespełnione. Wybór publicystyki z lat 1957-1976, Warszawa 1977, S. 165-170.*

13 *J. Skibiński: Polska-RFN. Problemy normalizacji stosunków, Warszawa 1974, S. 94.*

Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

von den Umsiedlerorganisationen angestimmte Geschrei und die Heuchelei gewisser katholischer Kreise, sondern auch die geschmacklosen Kommentare eines Teils der westdeutschen Journalisten angesichts seiner spontanen Geste vor dem Denkmal der Ghetto-Helden...".

Die emotional aufwühlende, kathartische Wirkung, die Willy Brandts Kniefall vor dem Warschauer Ghettodenkmal in Polen hervorrief, wurde in der Bundesrepublik seinerzeit vielfach nicht verstanden: „[...] Und ich sah", so zitierte der sowjetische Autor Lew Kopelew einen ehemaligen Warschauer Aufständischen, „wie Willy Brandt in Warschau am Ghettodenkmal kniete. In diesem Augenblick fühlte ich: In mir ist kein Haß mehr! Er kniete nieder und – erhöhte sein Volk. Verstehst Du? Weit erhöht hat er es in unseren Augen, in unseren Herzen. Das bekenne ich als Pole und als Christ..."[14]

Die neue Ostpolitik der Bundesrepublik harmonisierte nach polnischer Auffassung mit der Konzeption der Nixon-Administration, so daß Brandt – obgleich nicht ohne Vorbehalt – in Washington grünes Licht für seine Gespräche mit Warschau, Moskau und Ost-Berlin erhalten habe. Die Zurückhaltung der amerikanischen Regierung in der Anfangsphase der Bonner Ostpolitik ist auch in Polen notiert worden. Später konnten sich die Warschauer Beobachter davon überzeugen, daß letztlich doch die gemeinsamen Interessen Bonns und Washingtons auf dem Felde der Ostpolitik die beiderseitigen Beziehungen prägten.[15]

Die erste Jahreshälfte 1972 wurde in der Bundesrepublik Deutschland ganz überschattet von dem hartnäckigen Kampf um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau. Er führte zu einer scharfen Polarisierung der Kräfte innerhalb und außerhalb des Parlaments. Die Regierung Brandt/Scheel verband ihre politische Existenz mit einem außenpolitischen Thema, dessen Gegenstand Polen war. Der Stolz darüber war in Polen spürbar.[16]

Nachdem der Politik eines neuen Modus vivendi mit der Sowjetunion und den Warschauer-Pakt-Staaten in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland eine Funktion zugedacht worden war, „die die spektakuläre Stellung einer Priorität für die Ostpolitik erforderlich machte",[17] wurden in Polen schon in der Endphase der Ära Brandt Anzeichen für ein Nachlassen der Bedeutung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten vermerkt. Der Ostpolitik sei nach dem Abschluß der Normalisierungsverträge und der Überwindung der schwierigen Phase der Normalisierung der bilateralen Beziehungen wieder sichtbar der nachgeordnete Rang zugewiesen worden, der ihr in der Prioritätenliste der Bonner Außenpolitik hinter der Westpolitik grundsätzlich zukomme.[18] So kam kurz vor der Abgabe der Regierungserklärung der zweiten Regierung Brandt/Scheel am 18. Januar 1973 und in Analysen im Anschluß an die Vorstellung des Regierungsprogramms von seiten der polnischen Massenmedien die Erwartung zum Ausdruck, daß es „zu einer Verlagerung des Schwergewichts in den Prioritäten der Außenpolitik der BRD als Ergebnis der Erweiterung der westeuropäischen Gemeinschaft", die mit dem Beitritt Dänemarks, Großbritanniens und Irlands zur Europäischen Gemeinschaft am 1. Januar 1973 vollzogen wurde, kommen und die Bundesrepublik Westeuropa jetzt mehr Aufmerksamkeit widmen werde.[19] So vermißte die regimekatholische Tageszeitung „Słowo Powszechne" enttäuscht jeden Hinweis auf Polen in der Regierungserklärung Brandts und befürchtete eine Vernachlässigung Polens durch die Bonner Diplomatie.[20]

Vor allem der in Polen nicht verleugnete moralische Impetus im Handeln des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers, der durch seine Politik – so der Oppelner Historiker Józef Kokot – die Jahre 1970-72 zu den „Jahren Deutschlands in der Geschichte Europas" gemacht hatte,[21] hatte wohl zeitweise zu einer Erosion der bisherigen Einschätzung der grundlegenden bundesdeutschen Ziele in der Außenpolitik geführt. Es trat vorübergehend eine Ambivalenz in der Einschätzung der Ostpolitik zutage. Deren Konzeption und Realisierung brachten es offensichtlich mit sich, daß die Bonner Akteure Moral und Politik so in Einklang zu bringen vermochten, daß sie mit dem Anspruch historisch-moralischer Verantwortlichkeit das politische Gewicht der Bundesrepublik sowohl im westlichen Bündnis wie auch in Osteuropa vergrößerten.[22]

In diesem Kontext wurde von Jerzy Sułek der Faktor Sowjetunion als potentieller Unsicherheitsfaktor für eine längerfristige Prognose des Verhältnisses zwischen Ost- und Westpolitik der Bundesrepublik eingeführt, als er zu bedenken gab: „Einzig spektakuläre Schritte der UdSSR (z. B. in Gestalt einer größeren Bereitschaft zu einer wohlwollenderen Einstellung gegenüber der Sache der deutschen Einheit) könnten

14 *L. Kopelew: Bekenntnisse eines Sowjetbürgers, in: Die Zeit vom 4. Februar 1977, S. 46.*
15 *Vgl. D. Bingen: Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in der Internationalen Politik aus polnischer Sicht 1969-1976, Königstein/Ts. 1980, S. 202ff.*
16 *Vgl. R. Wojna: Niektóre uwarunkowania polityki wschodniej RFN, in: Sprawy Międzynarodowe (1976) 11, S. 15-22, hier S. 19.*
17 *J. Sułek, in: ders./St. Albinowski: Republika Federalna Niemiec w latach 1975-1985, in: Prognozy 1975-1985. Kraje kapitalistyczne. Praca zbiorowa pod red. Jana Winieckiego, Warszawa 1975, S. 116-143, hier S. 133.*
18 *Ebd., S. 132; ebenso R. Wojna: Present-Day Directions of FRG Foreign Policy, in: Studies on International Relations (1975) 5, S. 75-84, hier S. 78.*
19 *Życie Warszawy, 13. Januar 1973.*
20 *Słowo Powszechne, 19. Januar 1973.*
21 *J. Kokot: Od Poczdamu do Helsinek. Koniec okresu powojennego w Europie, Opole 1974, S. 188.*
22 *Vgl. auch K. Małcużyński, in: Trybuna Ludu, 10. November 1970.*

dazu führen, daß die Ostpolitik konjunkturell den Spitzenplatz in der außenpolitischen Tätigkeit der BRD einnimmt."[23]

Die „offensive Haltung" der Bundesregierung in der Ostpolitik galt in weiten Kreisen der Warschauer Politikberater als der größte Gewinn im Zusammenhang mit der offenen Deutschen Frage.

Da die Sowjetunion als eine der Vier Mächte für Deutschland und Berlin als Ganzes mitverantwortlich war, genoß aus polnischer Sicht die Gestaltung der Beziehungen zur Sowjetunion Priorität in der ostpolitischen Konzeption der Bundesrepublik Deutschland.[24] Anläßlich des Übereinkommens zwischen Bonn und Moskau im August 1970 traten in Polen Befürchtungen vor einem neuen „Rapallo" und einer Vernachlässigung der Interessen Polens seitens Bonns und Moskaus zutage. Die polnische Führung war mit der Moskauer Grenzformel nicht einverstanden und forderte eine gesonderte Bestimmung bezüglich der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Lausitzer Neiße. Die Präjudizierung deutsch-polnischer Vereinbarungen durch den deutsch-sowjetischen Vertrag beleidigte paradoxerweise das Selbstwertgefühl einer kommunistischen Führung, deren politisches Überleben allein von der Sowjetunion garantiert wurde. Willy Brandt hat in seinen Memoiren die Warschauer Empfindlichkeiten registriert und darauf hingewiesen, daß er lieber den Vertrag mit Warschau zuerst unterschrieben hätte, aber wegen der Schlüsselrolle der Sowjetunion zuerst mit Moskau zu einem Verhandlungsergebnis kommen mußte.[25]

Willy Brandt und die Sozialdemokratie

Unmittelbar nach der sozialliberalen Regierungsbildung in Bonn im Jahre 1969 wimmelte Ryszard Wojna den Gedanken an eine Änderung des „Feindbildes" ab: „Eine Machtübernahme der Sozialdemokraten hat niemals in irgendeinem Lande zu einer echten Änderung des politischen Systems geführt."[26]

In einer Diskussion prominenter Journalisten im ersten Jahr der Regierung Brandt/Scheel über „die Bundesrepublik in der europäischen Politik" galt Brandt als ein Deutscher, der sich von der Staatsraison eines bürgerlichen deutschen Staates leiten ließ.[27] Die Sozialdemokratie blieb eine Gefahr für die sozialistische Welt, nicht militärisch, aber politisch, ideologisch und wirtschaftlich.[28] Schon im Jahre 1970 – sechs Jahre vor Willy Brandts Wahl zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale – sah Ryszard Wojna diesen in der Rolle des Führers der sozialdemokratischen Herausforderung in Europa.[29]

In der Reformphase der sozialliberalen Bundesregierung (1969-72) gab es unter polnischen Beobachtern durchaus unterschiedliche Beurteilungen der Qualität der Akzente der SPD-Programmatik. So kommentierte PAP-Korrespondent Eugeniusz Guz das SPD-Wahlprogramm von 1972 als bewußte Absage an die „Volkspartei"-Ideologie und als Abkehr von den „begüterten Mittelklassen".[30] Am gleichen Tage kam „Trybuna Ludu" zu einem ganz anderen Schluß: „Der Parteitag hat ein Programm gemäßigter Reformen angenommen, das die konservativen Mittelstandswähler, die die SPD nach Aussage von Bundeskanzler Brandt auf ihre Seite ziehen möchte, wahrscheinlich nicht beunruhigen wird".[31]

In den Jahren 1973-74 verfolgten die polnischen Beobachter ein Abrücken von vielen Reformvorhaben. Als konservativer Pendelschlag in der SPD und in der Bevölkerung galt schon Anfang der siebziger Jahre die Entstehung eines neuen „Mythos" durch die „Vaterfigur" Willy Brandt in Anlehnung an Adenauer und die Abkehr von der kollegialen Regierungsselbstdarstellung.[32] Die Wirtschaftskrise und die für die Sozialdemokraten katastrophalen Wahlergebnisse des Jahres 1974 stärkten dann nach Darstellung der polnischen Printmedien vollends den rechten Flügel der Partei.[33] Unter dem Eindruck der konservativen Grundstimmung in der Bevölkerung und mit dem Ziel, auch unter dieser Bedingung die Macht im Bund und in den Ländern zu erhalten, nahm die SPD – so polnische Deutschlandexperten – Abschied „von vielen programmatischen Grundsätzen, die noch vor kurzer Zeit als Ziele und sogar als unabdingbare Ziele erklärt worden waren", so daß sich ihr politisches Profil im Vergleich zur CDU/CSU zunehmend verwischt habe („Hang zur Mitte").[34]

Als Exempel für den ideologischen Kampf der SPD außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland galt in Polen das Engagement der deutschen Sozialdemokraten im nachrevolutionären Portugal, als die Partei die portugiesischen Sozialisten (PS) unter Mario Soares gegen die Kommunistische Partei (PCP) des Alvaro Cunhal

23 *Sułek, S. 133.*
24 *Ausführlich dazu E. Cziomer: Polityka rządu RFN wobec ZSRR w latach 1955-1972, Kraków 1976.*
25 *Vgl. W. Brandt: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hamburg 1976, S. 529.*
26 *R. Wojna, in: Życie Warszawy, 23. Oktober 1969.*
27 *Kierunki, 19. Juli 1970.*
28 *J. Gołębiowski, in: Radio Warschau (deutsch), 14. Mai 1976.*
29 *R. Wojna, in: Życie Warszawy, 14. Mai 1970.*
30 *E. Guz, in: PAP, 14. Oktober 1972.*
31 *Trybuna Ludu, 14. Oktober 1972.*
32 *Kurier Polski, 6. Dezember 1972; siehe auch D. Luliński, in: Trybuna Ludu, 17. Dezember 1972.*
33 *R. Wojna, in: Trybuna Ludu, 5. März 1974.; Życie Warszawy, 26. März 1974.*
34 *Siehe Cygański, SPD w Republice Federalnej Niemiec, S. 48f.*

und gegen den den Kommunisten nahestehenden Ministerpräsidenten Vasco Gonçalves mit Erfolg unterstützt hatte.[35] Aus Anlaß eines auf deutsche Initiative zustande gekommenen Gesprächs zwischen Willy Brandt, dem Vorsitzenden der SPÖ, Bruno Kreisky, und dem Führer der schwedischen Sozialdemokraten, Olof Palme, über die Situation in Portugal und einer Presseerklärung Brandts, „in der die portugiesische Regierung belehrt und ermahnt wird, wie nach Meinung des SPD-Vorsitzenden der ‚Demokratisierungsprozeß' zu verlaufen hat", kommentierte Eugeniusz Guz:

„Es ist nur wenig darüber bekannt, wer genau die westdeutschen Sozialdemokraten ermächtigt hat, im Namen ganz Europas zu sprechen und zu urteilen. Bekannt ist jedoch, daß es gerade Bonn ist, welches versucht hat, sich von allen europäischen Hauptstädten unaufhörlich in Portugals interne Angelegenheiten einzumischen."[36]

Es ist zu vermuten, daß spätestens mit der Portugalintervention der SPD unter den polnischen Beobachtern der Partei ein Ernüchterungsprozeß bezüglich der Kompromißbereitschaft der deutschen Sozialdemokraten gegenüber der kommunistischen Bewegung eintrat, ein Prozeß, der sicherlich mit der Beobachtung der Praxis bei der Behandlung des Themas „Extremisten im öffentlichen Dienst" beginnen mußte. Die Illusion über die „Nachgiebigkeit" der Sozialdemokraten gegenüber der kommunistischen Herausforderung unter dem Zeichen der Entspannungspolitik hatte nur entstehen können, wenn man Kompromißbereitschaft in Verhandlungen mit sozialistischen Staaten und Innovationspolitik mit dem Abbau der ideologischen Widerstandsschwelle nach innen verwechselte.

Abschließend bleibt noch als besonders bemerkenswert festzuhalten, daß der Reformpolitik der SPD von einigen polnischen Wissenschaftlern eine ausgesprochen nationale Funktion attestiert wurde, deren gesamteuropäische Brisanz („Dritter Weg") seinerzeit nicht aktuell erschien, deren Bedeutung für die Zukunft aber nicht völlig ausgeschlossen wurde.[37]

35 *Siehe J. Gołębiowski: Socjaldemokracja Europy Zachodniej a kryzys współczesnego kapitalizmu, in: Sprawy Międzynarodowe (1976) 5, S. 44-58, hier S. 51.*

36 *E. Guz, in: PAP, 24. Mai 1975.*

37 *Vgl. auch: M. Tomala: Rola reform wewnętrznych w rozwoju polityki zagranicznej w NRF, in: Przegląd Zachodni (1971) 5-6, S. 38-44, hier S. 42ff.*

In der seinerzeit zugänglichen polnischen politikwissenschaftlichen Literatur wurde die außenpolitische Gesamtkonzeption der Bundesrepublik Deutschland – von Ausnahmen abgesehen – im Kontext der Deutschen Frage reflektiert.

Im Bewußtsein der langfristigen historischen Perspektive lenkte die Bundesrepublik – so Jerzy Sułek – ihre Schritte „auf die Legalisierung" der Vereinigung, d. h. auf die Schaffung einer solchen Situation, in der das Bonner Ziel einer deutschen Vereinigung nicht mehr als den Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa widersprechend bezeichnet werden könnte. Dem dienten vor allem die Politik gegenüber der DDR, die westeuropäische Einigungspolitik sowie die Bonner Anstrengungen in Verbindung mit dem Prozeß der Entspannung in Europa in Übereinstimmung mit dem Motto: „Die Überwindung der Teilung Europas führt zur Überwindung der Teilung Deutschlands".[38]

Diese politische Konzeption der sozialliberalen Bundesregierung wurde sehr pronociert auf den Einfluß Willy Brandts zurückgeführt. Hier soll die in Polen seinerzeit nicht singuläre Einschätzung durch den Breslauer Publizisten Julian Bartosz in seinem Buch über die „Mythologie der Umwege. Ein Beitrag zur politischen Doktrin Willy Brandts" wegen ihrer Prägnanz in einem längeren Absatz wiedergegeben werden. Bartosz' Beitrag war gleichzeitig ein Beispiel für die polnische Tendenz zur langfristigen, keine Möglichkeit der Entwicklung ausschließenden politischen Spekulation:

„Auf der Suche nach der grundsätzlichen Motivierung dieser Politik [d. i. die Vertragspolitik der Jahre 1970-73 – D. B.], die von Brandt mit solch einer Konsequenz vorbereitet und realisiert wurde, und die in ihren Prinzipien von seinem Nachfolger Helmut Schmidt fortgesetzt wird, kommt der Verfasser des Buches auf Grund der Analyse verschiedener Quellen zu der Überzeugung, daß sowohl für Brandt als auch für seine Nachfolger das übergeordnete und strategische Ziel dieser Politik die Wiedergewinnung der deutschen Einheit bleibt. Die Antworten auf die Frage, auf welche Weise man sich um die Erreichung dieses Ziels in irgendeiner auch unbestimmbaren Zukunft erfolgreich bemühen soll, gestalteten sich bei Brandt zu einem einheitlichen, innerlich geschlossenen System ideologischer und politischer Grundsätze, Anschauungen, Forderungen und Erwartungen, und in diesem Sinne spricht der Autor von Willy Brandts politischer Doktrin. [...] Die Grundlage dieser Doktrin kann lakonisch in folgende Formel gefaßt werden: durch eine sehr aktive

38 *Sułek, S. 125f.; vgl. auch A. D. Rotfeld/F. Ryszka: Polityka wschodnia NRF. Tradycje – działania – perspektywy, in: Studia o Niemczech Współczesnych, Bd. 3/1971, S. 7-27, hier S. 15.*

Ostpolitik mehr Freiheit in der Westpolitik zu gewinnen, um – seine eigenen politischen Möglichkeiten vergrößernd – den Zielen der deutschen Politik näherzukommen. Ostpolitik als Etappe, als Mittel auf dem Weg zur Verwirklichung der Deutschlandpolitik. Das ist das grundsätzliche Novum der Brandtschen Doktrin im Gegensatz zur Politik der früheren westdeutschen Regierungen, die bestrebt waren, durch den frontalen Angriff auf das Potsdamer System des europäischen Gleichgewichts die ‚deutsche Frage' (Wiedervereinigung) zu lösen. Diese Doktrin will an das übergeordnete, ‚konstitutive' Ziel der Bundesrepublik – die Wiedergewinnung der Einheit – auf einem längeren, in mancher Hinsicht schwierigeren und mühsameren, zugleich aber quasi konfliktlosen Umweg kommen, der scheinbar mit dem Interesse der europäischen Stabilisierung und Normalisierung übereinstimmt. Darauf beruht vor allem die spezifische Ambivalenz der Brandtschen Taktik. Ihre Beurteilung, die den im Vierteljahrhundert der Nachkriegszeit entstandenen, oft vereinfachenden, weil überall Eindeutigkeit suchenden Kriterien entgeht, verlangt dialektisches Vorgehen, sie zwingt dazu, das finale Ziel der Doktrin, deren Realisierung in nacheinander folgenden Etappen beobachtet und gewertet werden muß, nicht aus dem Auge zu verlieren. [...] So ist und bleibt auch in der Zukunft der programmierte, bewußte, konsequente Einsatz für die zukünftige Wiedergewinnung der deutschen Einheit ein bedeutender destabilisierender Faktor, der potentiell die Möglichkeit einer Verletzung des Potsdamer und Helsinki-Systems erwarten läßt. [...] Die Forderung der Einheit [...] entspringt dem spezifischen historischen ‚Romantizismus' Willy Brandts, der bestimmten Nationalmythologie, die der Existenz der deutschen Nation in der Finsternis der Geschichte, in der Tradition des sogenannten Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, jedenfalls lange vor dem Jahre 1871 nachspürt."[39]

Ähnlich wie Julian Bartosz interpretierten auch der Politikwissenschaftler Adam D. Rotfeld und der Historiker Franciszek Ryszka die Deutschlandpolitik Brandts: „Brandt predigt nicht die Vereinigung Deutschlands, sondern trachtet danach, die Bedingungen zu schaffen, unter denen sie möglich wird, unabhängig davon, wie fern in der Praxis die Perspektive ist und eine wie lockere Form sie anzunehmen hätte". Man habe es mit einer „aufgeklärten und realistischen Form" des Nationalismus zu tun: „Der Nationalismus bleibt jedoch".[40]

39 *J. Bartosz: Mitologia okrężnych dróg. Przyczynek do doktryny politycznej Willy Brandta, Wrocław u. a. 1977, S. 246-248. Marian Podkowiński sprach in der von ihm herausgegebenen illustrierten Zeitschrift „Perspektywy" vom 3. April 1970 ebenfalls davon, „daß der neue Kanzler dieses Ziel auf Umwegen erreichen will".*

40 *Rotfeld/Ryszka, Polityka wschodnia NRF, S. 23.*

Entgegengesetzter Ansicht bezüglich des Einflusses Willy Brandts auf die Konzeption der sozialliberalen Deutschlandpolitik war – allerdings bereits einige Jahre zuvor – Leszek Moczulski gewesen, der Brandt große und konsequente Konzeptionen absprach. Moczulski war der Überzeugung, „daß der Mann, der eine klare Konzeption der Politik der Regierung SPD/FDP entwickelt, weder Brandt noch Scheel ist, sondern Helmut Schmidt".

Es bleibt zusammenfassend festzuhalten, daß sich in Polen das Mißtrauen in die langfristige Deutschlandkonzeption Brandts mit persönlicher und politischer Sympathie für den Antifaschisten Brandt und seine Politik gegenüber Polen mischte. In diesem Sinne äußerte sich der langjährige Korrespondent des WDR in Warschau, Ludwig Zimmerer, in einem Bericht aus Warschau: Er sprach davon, daß die Polen Vertrauen gegenüber Brandt in Warschau und Mißtrauen gegenüber Brandt in Erfurt empfänden.

Ungeachtet der Inaktualität einer großen Diskussion über die nationale Frage in der bundesdeutschen Bevölkerung der siebziger Jahre wurde von manchen polnischen Kommentatoren jedes Zeichen, das als Symptom einer sich neu entfachenden Diskussion über deutsches Selbstverständnis und die Deutsche Frage gedeutet werden konnte, mit bemerkenswerter Unruhe registriert. Nach einer mehrjährigen Inkubationszeit wurden nach dem Abschluß der Vertragsphase der deutschen Ostpolitik (1970-73) wieder häufiger Appelle an das „nationale Bewußtsein" der Deutschen wahrgenommen.

Daß mit der gesamteuropäischen Vertragspolitik die Deutschlandfrage trotz vieler gegenseitiger Behauptungen von Warschauer Optimisten noch nicht vom Tisch war, machte Leszek Moczulski deutlich: „Das deutsche Problem ist für uns nicht nur nicht abgeschlossen, sondern es hat erst begonnen."[41]

Geschwunden waren 1974 die Hoffnungen, die polnische Beobachter anscheinend zu Anfang der siebziger Jahre gehegt hatten, daß das Wiedervereinigungsgebot, da es im Vokabular der sozialliberalen Koalition nur noch selten entdeckt wurde, in Zukunft weniger ernst genommen und die Resignation vom nationalen Ziel der Wiedervereinigung nun quasi regierungsamtlich werde. Diese Hoffnungen beruhten beispielsweise darauf, daß Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung von 1969 und im Bericht zur Lage der Nation vom 14. Januar 1970 die Formulierung „Wiedervereinigung" nicht benutzte und das Problem der deutsch-deutschen Beziehun-

41 *L. Moczulski: Czynnik militarny w polityce NRF, in: Bundeswehra 1955-1972. Rodowód, strategia, doktryny, pod ogólnej redakcji T. Grabowskiego i L. Moczulskiego, Warszawa 1972, S. 17-85, hier S. 85.*

gen ausdrücklich der Friedenspolitik unterordnete.[42]

Im Kontext dieser Einschätzung des Rangs der Ostpolitik in der außenpolitischen Gesamtkonzeption Bonns ergab sich für die polnischen Politikwissenschaftler – ausgerüstet mit dem marxistisch-leninistischen Vokabular – die oft genutzte Gelegenheit, eindringlich darauf hinzuweisen, daß die neuen Methoden der deutschen Ostpolitik nach 1969 an den grundlegenden Zielen des „bürgerlichen" Staates Bundesrepublik Deutschland nichts geändert hätten, er seinen „Klassencharakter" bewahrt habe und erhalten werde, er bezüglich seiner deutschland- und außenpolitischen Ziele nicht resigniere und nur einen der internationalen Situation angepaßten neuen Stil eingeführt habe.

Schlußbemerkungen

In der Analyse und Bewertung der Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts während seiner Kanzlerschaft durch die polnischen Printmedien der damaligen Zeit spiegelt sich in einer verblüffenden Deutlichkeit ungeachtet des bisweilen favorisierten Jargons der marxistisch-leninistischen Neusprache die relative Bedeutungslosigkeit der Ideologie.

Vom sozialistischen oder proletarischen Internationalismus ist in der polnischen Willy-Brandt-Rezeption selten die Rede. Es waren die nationalen Interessen, die die politische und politikwissenschaftliche Perzeption des Politikers Willy Brandt in dem untersuchten Zeitraum bestimmten. Nationales Interesse wurde implizit als das Interesse verstanden, das der Staat als Handlungseinheit im Interesse der ganzen Nation – nicht etwa als Vertreter einer herrschenden Klasse vertrat. Die Folge dieser Sichtweise war beispielsweise die Tatsache, daß im kommunistischen Polen die Deutsche Frage nicht als eine Frage der Ideologie perzipiert wurde, sondern vornehmlich als ein Komplex des nationalen Interesses.

Die polnischen kommunistischen Politiker, die Wissenschaftler und Journalisten betrachteten die Bundesrepublik Deutschland (und die DDR) cum grano salis von einem historisch-idealistischen Standpunkt. So ergab sich die paradoxe Situation, daß es eher die Westdeutschen (und natürlich die Ostdeutschen) waren, die das deutsch-polnische Beziehungsfeld dem Aspekt der antagonistischen Ideologien unterordneten, also Polen zuallererst als Mitglied des sozialistischen Lagers betrachteten und der Nation wenig Beachtung schenkten. Diese Art von Ideologie bedauerte nicht zuletzt Ryszard Wojna im Hinblick auf die bundesdeutsche Jugend, als er seinen Standpunkt darlegte, „daß die Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland auf der Plattform der gegenseitigen Einstellung zweier Nationen geregelt werden", während die jungen Leute in der Bundesrepublik darauf drängten, „mit Polen einen Dialog auf der Ebene der Konfrontation politischer Systeme aufzunehmen". Diese Aussage sprach für das polnische Denken in den Kategorien des nationalen Interesses (und nicht des sozialistischen) und eines historischen Idealismus (und nicht des historischen Materialismus). Sie bildeten den Rahmen für die Bewertung Willy Brandts.

Was Paul Noack in den siebziger Jahren in einer Besprechung der Erinnerungen von François Seydoux über den ehemaligen französischen Botschafter in Bonn schrieb, könnte ebenso gut über die Willy-Brandt-Rezeption der siebziger Jahre in Polen gesagt werden: „Die Person Brandt scheint den Franzosen ebenso zu faszinieren wie zu ängstigen. Er hat für ihn etwas von deutscher Unberechenbarkeit... und ‚Tiefe' an und in sich. Wird Brandt erwähnt, dann klingt es zuweilen, als schreibe Madame de Staël über die deutsche Romantik".[43] In Brandts „politischem Romantizismus" und der Idee vom Willen, der in historischer Perspektive die Wirklichkeit bewegen sollte, mögen viele Polen ungeachtet sonstiger weltanschaulicher Unterschiede eine gewisse Geistesverwandtschaft mit polnischem politischen und historischen Denken, mit eigenem Romantizismus, entdeckt haben – und das in Zeiten des real existierenden Sozialismus.

42 Siehe Bingen, Die Stellung, S. 186f.

43 P. Noack, in: Frankfurter Allgemeine vom 29. November 1978, über F. Seydoux: Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission 1965 bis 1970. Aus dem Französischen von O. Pollak, Frankfurt a. M. 1978.